



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,*

in dieser Ausgabe meines Berichts aus Berlin setze ich mich mit der Entscheidung der Bundeskanzlerin zu einer erneuten Kandidatur auseinander. Zudem informiere ich Sie über den Bundeshaushalt 2017. Wie gewohnt gebe ich Ihnen einen Einblick über meinen Einsatz für Mannheim. Jederzeit können Sie auch einen Überblick über meine politische Arbeit auf meiner Homepage oder auf meiner Facebookseite gewinnen.

Ihr

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Merkel Entscheidung](#)
2. [Haushaltswoche in Berlin](#)
3. [Relevantes aus Mannheim und der Region](#)

1. Merkels Entscheidung

Die Entscheidung der CDU-Bundesvorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, im kommenden Jahr erneut als Spitzenkandidatin der CDU/CSU in die Bundestagswahl zu ziehen, habe ich mit etwas Zurückhaltung aufgenommen. Als Partei sind wir der Bundeskanzlerin zu großem Dank verpflichtet, daß sie die CDU in ihrer schwersten Stunde nach der verlorenen Bundestagswahl 1998 und der Spendenaffäre wieder zu alter Kraft geführt hat. Höhepunkt ist die Bundestagswahl 2013 gewesen, bei der wir nur knapp die absolute Mehrheit verfehlt haben. Dies war zu einem nicht unerheblichen Anteil Angela Merkels Erfolg. Leider ist es ihr nicht gelungen, den Bedeutungsverlust der CDU/CSU in großen Städten und bei Landtagswahlen aufzuhalten. Es ist schwierig und deutlich zu früh, eine Prognose über den Ausgang der Bundestagswahl im kommenden Jahr abzugeben. Sicher ist meiner Auffassung nach aber, daß es für die CDU/CSU schwieriger werden wird als vor vier Jahren. Die Gremien der Partei müssen sich auf einen harten Wahlkampf einstellen. Es zeichnet sich ab, daß in der 19. Legislaturperiode mehr Parteien im Bundestag vertreten sein werden als dies in der laufenden Legislaturperiode der Fall ist. Dies bedeutet auch, daß die Regierungsmehrheit weniger groß sein wird. Als langjähriger Parlamentarier begrüße ich dies zunächst, denn große Regierungsmehrheiten bedeuten auch immer einen Bedeutungsverlust des Parlaments und eine Verlagerung der Entscheidungsfindung vom Parlament hin zum Kabinett. Sollte Angela Merkel über 2017 hinaus Bundeskanzlerin bleiben, so erwarte ich von ihr in wichtigen Punkten eine Kurskorrektur. Eine solche ist nach meinem Dafürhalten inhaltlich etwa in der Europapolitik und vor allem in der Flüchtlingspolitik erforderlich. Wenn die Bundeskanzlerin und Parteivorsitzende dies erkennt, dann sind wir als Partei sowohl für einen harten Wahlkampf als auch für vier weitere Regierungsjahre gerüstet.

2. Haushaltswoche in Berlin

Bundeshaushalt 2017

Der Deutsche Bundestag hat in der vergangenen Sitzungswoche den Bundeshaushalt 2017 verabschiedet. Darin werden die Wahlversprechen eingehalten. Im vierten Jahr in Folge haben wir eine schwarze Null erwirtschaftet, es gab keine Steuererhöhungen und wir konnten beginnen, Schulden zu tilgen. Die innere und äußere Sicherheit Deutschlands wird im Bundeshaushalt 2017 weiter gestärkt. Wir haben in dieser Legislaturperiode unsere Sicherheitsbehörden (Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Nachrichtendienste) personell massiv verstärkt - um mehr als 10.000 zusätzliche Stellen bis zum Jahr 2020. Überdies konnten wir durch Umschichtungen die Investitionen um fast 2,8 Milliarden Euro auf gut 36 Milliarden Euro anheben. Dieser Handlungsspielraum ist das Ergebnis einer klaren und konsolidierten Haushaltspolitik, die vielfältigen Widerständen und Begehrlichkeiten standhält und deren Garant unser langjähriger Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble ist. Selbst die umfangreichen flüchtlingsbedingten Kosten können wir ohne Neuverschuldung bewältigen. Die Investitionsquote konnte auf nunmehr 11 Prozent angehoben werden und neben umfangreichen Bundesmitteln für Kultur konnten wir auch Entlastungen bei der Einkommensteuer auf den Weg bringen.

Haushaltsgesetz 2017

Im Rahmen des Bundeshaushaltes haben wir das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) sowie den Finanzplan des Bundes 2016 bis 2020 beschlossen. Im kommenden Jahr werden die Ausgaben auf 329,1 Mrd. Euro veranschlagt. Neugeregelt wird dazu auch der Bundesbankgewinn. Sollte er höher als 2,5 Mrd. Euro ausfallen, so fließen diese Mittel in die Tilgung von Altschulden. Nach dem Finanzplan bleibt der Bundeshaushalt von 2017 bis 2020 in jedem Jahr ausgeglichen. Die gesamtstaatliche Schuldenstandquote soll spätestens 2020 unter die Maastricht-Grenze von 60 Prozent fallen. Im Folgenden stelle ich Ihnen kurz die Einzelpläne einzelner Ressorts dar.

Die Ausgaben des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesrechnungshofes werden um 197,6 Mio. auf 6,2 Mrd. Euro angehoben. Eine wichtige Änderung sind in diesem Einzelplan die Schaffung von 200 neuen Planstellen beim Zoll.

Der Haushalt des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz wird gegenüber dem Regierungsentwurf um 103,4 Mio. auf insgesamt 838,6 Mio. Euro gesteigert. Das Stiftungskapital der Stiftung Warentest wird um 90 Mio. Euro erhöht. Auf Anregung der Unionsfraktion wird zudem ein neuer Bundesschülerwettbewerb „Rechtsstaat“ ins Leben gerufen.

Hohe Mehreinnahmen kann der Haushalt des Bundesministeriums des Innern verzeichnen, in dessen Mittelpunkt Maßnahmen für mehr innere Sicherheit stehen. Bundesminister Dr. Thomas de Maizière erhält 639,3 Mio. Euro mehr als im Regierungsentwurf eingeplant. Sein Etat wächst gegenüber 2016 um fast 1,2 Mrd. Euro auf knapp 9 Mrd. Euro an. Im kommenden Jahr 2017 entstehen rund 2.000 neue Stellen bei der Bundespolizei und 820 beim Bundeskriminalamt. Damit haben wir insgesamt in dieser Legislaturperiode für unsere Sicherheitsbehörden (Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Nachrichtendienste) mehr als 10.000 zusätzliche Stellen bis zum Jahr 2020 beschlossen. Dies ist ein eindrucksvoller Beweis, daß die Union die Partei der inneren Sicherheit ist. Das Technische Hilfswerk (THW) erhält 170 neue Stellen sowie zusätzliche Mittel für überregionale und bundesweite Nachwuchswerbung. Schließlich wird auch der Asyl- und Flüchtlingssituation und den daraus resultierenden Herausforderungen angemessen Rechnung getragen. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, daß mehr abgelehnte Asylbewerber unser Land verlassen, indem wir im Jahr 2017 die freiwillige Ausreise mit 40 Mio. Euro fördern. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, daß die freiwillige Ausreise wesentlich einfacher zu realisieren und kostengünstiger ist als die zwangsweise Abschiebung. Schließlich geben wir 5,2 Mio. Euro mehr für den Spitzensport in Deutschland aus.

165,8 Mio. Euro mehr als von der Bundesregierung veranschlagt erhält das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Von den im parlamentarischen Verfahren zusätzlich beschlossenen Mitteln fließen über 100 Millionen Euro in ein kommunales Investitionsprogramm vor allem für Sportstätten und Schwimmbäder und über 50 Millionen in ein neues Städtebauförderungsprogramm „Zukunft Stadtgrün“. Zudem können beim Programm Altersgerechtes Umbauen nun wieder Anträge

bewilligt werden. Auf Initiative der CDU/CSU werden im Haushalt 2017 die Mittel für Maßnahmen gegen Einbrüche (z. B. sichere Fenster und Türen) auf 50 Mio. Euro erhöht.

Für den Etat des Bundeskanzleramtes stehen 2017 insgesamt 2,8 Mrd. Euro bereit. Dieser Betrag liegt 316,6 Mio. Euro über dem Regierungsentwurf. Davon werden 260 Mio. Euro zusätzlich für die Kultur in Deutschland bereitgestellt. Neben den Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien deckt der Einzelplan auch die Mittel der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen ab.

Vor dem Hintergrund der zahlreichen weltweiten Krisenherde und der daraus resultierenden Flüchtlingsbewegungen wird der Etat des Auswärtigen Amtes gegenüber dem Regierungsentwurf um 628,2 Mio. auf 5,2 Mrd. Euro aufgestockt. Die zusätzlichen Mittel fließen fast vollständig in die humanitäre Hilfe im Ausland.

Bundesverteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen verfügt 2017 über einen Etat von 37 Mrd. Euro. Der Regierungsentwurf wird um 393,2 Mio. Euro angehoben. Die Steigerung gegenüber 2016 beträgt damit mehr als 2,7 Mrd. Euro. Das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr muß den gewachsenen internationalen Gefahren entsprechen und ist auch auf die besonderen Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus auszurichten. Der Dienst soll attraktiver gestaltet und die Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten sollen verbessert werden.

Zur Bekämpfung der Fluchtursachen in den betroffenen Regionen, insbesondere in Afrika und Syrien, erhält der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, eine Anhebung des Regierungsentwurfs um 554,1 Mio. auf 8,5 Mrd. Euro. Die aktuellen Haushaltsmittel des Einzelplans tragen maßgeblich dazu bei, daß die sogenannte ODA-Quote (Official Development Assistance) von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zukünftig erreicht werden kann.

Der Einzelplan des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend steigt auf gut 9,5 Mrd. Euro an, indem der Regierungsentwurf um 327,4 Mio. Euro angehoben wird. Die im parlamentarischen Verfahren vereinbarte Mittelaufstockung dient zusätzlichen Impulsen für bürgerschaftliches Engagement und Flüchtlingsarbeit.

Die Ausgaben von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt sind für 2017 auf 27,9 Mrd. Euro veranschlagt. Das sind 1,09 Mrd. Euro mehr als im Regierungsentwurf veranschlagt. 1 Mrd. Euro entfällt auf eine Kapitalerhöhung der Deutschen Bahn durch den Bund als Alleingesellschafter. Zudem stellen wir zusätzliche Mittel für freiwillige Lärmsanierung an bestehenden Eisenbahnlinien sowie für Radschnellwege zur Verfügung.

3. Relevantes aus Mannheim und der Region

Jüttner gegen Drehkreuz für Flüchtlinge im Mannheimer Norden

Ich erteile Spekulationen aus dem baden-württembergischen Innenministerium, wonach auf dem Coleman-Airfield im Mannheimer Norden das zentrale Drehkreuz zur Registrierung von Flüchtlingen eingerichtet werden soll, eine klare Absage. Ich bin verwundert über dieses Gedankenspiel, denn derzeit befindet sich das Gelände noch in der Nutzung der amerikanischen Streitkräfte. Sobald die US-Streitkräfte das Gelände aufgeben, plädiere ich für eine Einhaltung des bereits bestehenden Nutzungskonzepts, das von einem Aktionsbündnis ausgearbeitet wurde und unter anderem einen Golfplatz, Wohn-Randbebauung, Gelände für den SC Blumenau sowie Logistikflächen vorsieht. Alle politisch Verantwortlichen in Mannheim und an deren Spitze der Oberbürgermeister sind aufgefordert, sich für das bestehende Nutzungskonzept weiterhin einzusetzen. Das übliche Verfahren für Konversionsflächen, die von amerikanischer Nutzung zuerst an die Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten (BImA) abgegeben und von dieser den Kommunen zum ortsüblichen Preis angeboten werden, muss auch beim Coleman-Airfield eingehalten werden. Die Entscheidung, was mit dem Coleman Airfield nach Übergabe von den Amerikanern an die BImA und dem zu erwartenden Kauf durch die Stadt Mannheim passiert, liegt einzig und allein bei der Stadt Mannheim. Ich bitte das baden-württembergische Innenministerium, diesen Rechtsweg anzuerkennen. Eine Nutzung als Drehkreuz zur Registrierung von Flüchtlingen lehne ich auch unter dem Aspekt kommunaler Solidarität ab, denn die Stadt Mannheim hat bei der Flüchtlingskrise im vergangenen Jahr bereits ein hohes Maß an Solidarität und Flexibilität gezeigt, indem sie ihre Pläne mit dem Gelände des Benjamin-Franklin-Villages zeitlich weit gestreckt hat. Städtebaulich sind die Konversionsflächen für Mannheim zu wichtig, als daß wir nun auch beim Coleman-Airfield Abstriche machen sollten.

Jüttner gegen Windkraftanlage im Käfertaler Wald

Der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim hat über die Errichtung von Windkraftanlagen im Naherholungs- und Landschaftsschutzgebiets entschieden. Ich erteile diesen Überlegungen eine klare Absage, denn die Mannheimer Bevölkerung sagt „Nein“ zu Windkraftanlagen im Käfertaler Wald und der BUND hat bereits in seiner Stellungnahme zum Ausbau der Windenergie in der Region Rhein-Neckar vom Juni 2012 befunden, daß es in Mannheim keine wirklich windhöffigen Standorte gibt. Der Käfertaler Wald ist das Naherholungsgebiet für den Mannheimer Norden und ich werde mich mit aller Kraft dafür einsetzen, daß er es bleibt.